

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1909**

63 (18.3.1909) 1. Blatt



# Badischer Beobachter.

## Hauptorgan der badischen Zentrumsparlei.

Er erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: An Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Abzügen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Nr. 325, durch den Briefträger ins Haus gebracht, Nr. 367 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

**Fernsprecher**  
Nr. 535.

**Beilagen:**  
Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „**Sterne und Blumen**“.  
Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „**Blätter für den Familientisch**“.

**Fernsprecher**  
Nr. 535.

Anzeigen: Die sechspaltige Beilage oder deren Raum 25 Pfg. Anzeigen billiger. Bei steter Wiederholung entsprechender Rabatte. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigenvermittlungsbüros an.  
Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden).  
Erscheinungszeiten der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Rotationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: J. Theodor Weber; für Ausland, Nachrichten und den allgemeinen Teil: Franz Wahl; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.

Verantwortlich für Anzeigen und Redaktionen: Hermann Wähler in Karlsruhe.

### K. Die serbische Frage.

Das kleine Serbien hat ein erreicht, es ist in aller Leute Mund: ganz Europa redet nunmehr von Serbien. Solange die österreichisch-serbischen Verhandlungen mehr oder weniger einer „Frazzelei“ ähnelten, konnte man darüber lachen. Jetzt ist es ganz anders geworden. Die Sache steht auf dem Messers Schneide und auch in ernsthaften Kreisen rechnet man mit der Kriegsgefahr, die unmittelbar bevorsteht.

Noch einen Schritt will Oesterreich tun: die allerletzte Note soll abgeben. Ausland muß sich also entscheiden, falls nicht sofort die Mächteingreifen, und den Serben einfach den Frieden diktieren. Denn schließlich besteht die Lösung der serbischen Frage doch nur darin, daß das Land Oesterreich angegliedert und die sogenannte „Dynastie“ des Königs Peter und seines Schlingels Georg einfach des Landes verwiesen wird. Oesterreich hätte einen Anspruch auf diese Arrondierung. Die serbische Frage muß mit Gewalt gelöst werden und zwar bei der nächsten Gelegenheit, meint Dr. Wladen Georgewitsch, der frühere serbische Ministerpräsident. Er möge sich hüten, daß diese Ansicht Serbien nicht zu dem noch fürchterlicheren Erlöse der russischen Hypothese verhilft. Darauf behauptet er im Gegenzug dazu, daß Serbien immer ein Friedenselement auf dem Balkan gewesen sei und es auch bleiben werde, — wenn nämlich alle seine territorialen Wünsche erfüllt werden. Die provisorische Lösung der serbischen Frage denkt sich Herr Georgewitsch so, daß Serbien einen Landstreifen vom bosnisch-herzegowinischen Territorium mit freiem Zugang zum Meer erhält, daß die Großmacht die ökonomische Unabhängigkeit Serbiens garantiert und daß Deutschland und Oesterreich ihm handelspolitische Vorteile zuwenden. Mit verbindlicher Kraftlosigkeit fordert Georgewitsch außerdem noch die Errichtung eines autonomen nationalen serbo-kroatischen Staates unter der Saksburgerdynastie, der die Provinzen Bosnien, Herzegowina, Dalmatien, Kroatien und Slavonien in sich begreift. Und zum Schluß weist dann Georgewitsch auf die Möglichkeit hin eines Zusammenschlusses der Balkanstaaten zu einem Balkanbund unter türkischer oder noch besser unter russischer Leitung. „Dann“, so fährt er fort, „würde die Balkanhalbinsel als politische und nationalökonomische Einheit eine derartige militärische Kraft werden, daß sie mit der Zeit imstande wäre, eine politische Situation zu benutzen, um auch die serbischen und rumänischen Millionen aus Oesterreich an sich zu ziehen.“ Aber auch mit Oesterreich ist er bereit, eine Balkanföderation abzuschließen, aber nicht früher, als bis die von ihm geforderte provisorische Lösung der serbischen Frage eingetreten ist. Sollte diese Lösung aber nicht nach dem Wunsch der Serben vor sich gehen, dann wird, so droht Georgewitsch, sich Oesterreich und ganz Europa zu seinem riesigen Schaden davon überzeugen, daß es auf der Welt keine Macht gibt, welche imstande wäre, ein Volk von 10 Millionen Menschen zum politischen Lode zu verurteilen. So spricht der echte Serbe, der aus eigenen Mitteln nicht einmal das Pulver für den ersten Schuß hat, geschweige sonst etwas.

In ganz Oesterreich sieht man die Situation als eine verhängnisvolle, wenn auch nicht hoffnungslose an. Die letzte Antwort Serbiens wird in Bezug auf ihren politischen Teil als absolut ungenügend bezeichnet, da die geforderten präzisen Aufklärungen über die serbischen Absichten in der bosnischen Frage verweigert sind. Nicht ganz so ungünstig ist das Urteil über den handelspolitischen Teil der Note. Man wird aber auf den handelspolitischen Teil der Note zunächst überhaupt nicht eingehen, da man diese Themen unbedingt erst nach Klärung der politischen Lage behandeln will. Immerhin ist man in Wien entschlossen, zunächst den Weg der Verhandlungen nicht zu verlassen.

Serbien kann sich unmöglich dem Glauben hingeben, daß ihm Oesterreich-Ungarn kommerzielle Vorteile erweisen wird, während es sein Heer anrückt, um österreichische Gebiete zu überfallen und sich an Europa wegen dieser Gebiete wenden will. Serbien müsse abrüstung und den Verzicht auf seine politischen Aspirationen fund tun; nur dann werden sich die Beziehungen wieder normal und freundlich gestalten. Da aber die serbische Antwort doch so gefaßt ist, daß die Verhandlungen mit Serbien nicht abgebrochen werden müssen, wird Graf Forgach ergänzende Erklärungen verlangen. Es wird sich bei dieser Gelegenheit herausstellen, ob man es nur mit einem Verschleppungsmanöver oder mit einem Rückzugsgefecht zu tun hat.

Die Annahme, daß das serbische Heer schon mobil gemacht worden sei, ist unzutreffend; man kann höchstens sagen, daß es sich in Bereitschaft gesetzt habe. Wie stark das serbische Heer zur Stunde ist, läßt sich schwer berechnen. Die fünf bestehenden Friedensdivisionen werden vermutlich sämtlich auf verstärkten Friedensfuß gesetzt worden sein, wenn auch nur die „Mobilmachung“ von dreien gemeldet worden ist. Zweifelsfrei mag es immer noch sein, ob auch die

vierten Bataillone der Infanterieregimenter, die im Kriegsfall neu aufgestellt werden müssen, bereits gebildet sind. Jedenfalls werden diese fünf Divisionen eine Feldtruppe bilden, mit der ernsthaft gerechnet werden muß, und deren Streiterzahl man auf 75 000 Mann berechnen muß. Das zweite Aufgebot, das planmäßig ebenfalls zur Feldarmee herangezogen werden soll, wird auf 15 Regimenter angezogen, aus denen fünf Reiterdivisionen gebildet werden. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird dieses Aufgebot nicht ganz vollständig aufgestellt werden können, da eine solche Leistung bisher den Serben niemals gegliedert ist. Es umfaßt die Mannschaft vom 32. bis einschließlich 37. Lebensjahre, bei der die Abgänge erfahrungsgemäß schon recht hohe sind. Nehmen wir es auf 45 000 Streitere an, so erhalten wir eine Gesamtsumme von 120 000 Kämpfern für eine Feldarmee — eine sehr starke Zahl für eine Bevölkerung von 2 1/2 Mill. Einwohnern. Deutschland würde nach dem gleichen Verhältnis ein Feldheer von 2 1/2 Millionen Streitern gegen den Feind führen können. Für die Truppen zweiten Aufgebots sind in Serbien keinerlei Stämme vorhanden, ihr Wert wird hinter denen ersten Aufgebots merklich zurückbleiben. Doch mögen sie in der Verteidigung ihre Pflicht und Schuldigkeit doch immerhin tun. Das dritte Aufgebot, das die Mannschaft bis zum 45. Lebensjahre umfaßt, sowie der Landsturm, der bis zum 50. Lebensjahre ausgebeht ist, besitzen nur sehr geringen militärischen Wert und sollen lediglich zu Wehrzwecken und Etappenwehren verwendet werden. Aus ihnen werden hauptsächlich die Banden von „Freiwildern“ mit ihren schreckenerregenden Namen gebildet, deren Stärke Kronprinz Georg, der den Mund immer etwas voll nimmt, auf 50 000 Mann angesetzt hat, und die vielleicht 5000 bis 6000 Mann tatsächlich zählen mögen.

Ueber Oesterreichs Rüstungen sind die Ansichten so gut wie nicht in die Öffentlichkeit gelangt. In Bosnien hat es seine Stellung völlig gesichert. Nach einer Mitteilung der Militärärzte stehen dort gegenwärtig 63 Bataillone Infanterie, 5 Eskadronen Kavallerie, 3 Gebirgsartillerieregimenter, 14 Kompagnien Festungsartillerie, 5 Kompagnien Pioniere. Man hat aus diesen Truppen eine neue Division (die 48.) und zwei neue Gebirgsbrigaden (Nr. 13 und 14) gebildet. Da die Bataillone auf 800 Mann gebildet sind, so wird die Gesamtstärke der in Dalmatien und Bosnien verammelten Heeresmacht (15. Armeekorps) auf 56 000 Mann zu veranschlagen sein. Im übrigen scheinen das 13. (Agram), 3. (Graz), 4. (Budapest) Armeekorps — vornehmlich mit je zwei Linien- und einer Landwehredivision, im ganzen also neun Felddivisionen — in erster Linie gegen Serbien bestimmt zu sein. Doch wird man nicht annehmen dürfen, daß Oesterreich seinen Einfluß gegen Serbien hierauf beschränkt. Man wird, abgesehen natürlich von den außerdem erforderlichen Etappenstruppen, wohl mindestens noch ein viertes Armeekorps heranziehen müssen, wenn man auf rasche und sichere Erfolge rechnen will. Diese Vorbereitungen aber verschlingen sehr viel Geld, das Oesterreich aus seiner Tasche bezahlen muß, während Serbien nach wie vor mit englischen Noten zahlt. Da liegt das Bubels Kern.

### Deutschland.

Berlin, 18. März 1909.

**Die Reichsfinanzreform in der Kommission.**  
Vom 17. März wird gemeldet: Die Finanz- und Steuer-Kommission des Reichstages begann heute die Beratung der Weinsteuern. Die bisherigen Verhandlungen lassen auf das Schicksal der Vorlage noch keinen Schluß zu. Die Freisinnigen und Sozialdemokraten lehnen jede Weinsteuerrundweg ab, ebenso die süddeutsche Volkspartei, entsprechend einem einstimmigen Votum der württembergischen Kammer. Konserervative, Reichspartei und wirtschaftliche Vereinigung sind im allgemeinen für eine Weinsteuern, wünschen aber statt einer Flaschensteuer eine Maßsteuer. Der Schatzsekretär erklärt, daß eine allgemeine Weinsteuern, also eine Maßsteuer mit Rücksicht auf Süddeutschland nicht möglich sei. Der Vertreter der württembergischen Regierung nimmt mehrmals das Wort zu der scharfen Erklärung, daß Württemberg bestimmte Zusicherungen gegeben seien gegen eine allgemeine Weinsteuern und daß eine solche für Württemberg nicht annehmbar sei. Seitens des Zentrums wird die Erklärung abgegeben, daß mit Rücksicht auf die bisherigen Blockierungen das Zentrum keine Stellung nehmen werde, sich vielmehr der Stimme enthalte.

Diese Erklärung des Zentrums wird überall begrüßt werden, wo man das unwürdige Spiel, das von Blockaden getrieben wird, durchschaut. Weiter wird gemeldet:

In parlamentarischen Kreisen mutmaßt man, daß es gelingen werde, zur Reichsfinanzreform auch ohne Nachlasssteuer, Erbrecht des Staates und Wehrsteuer gegen 100 Millionen an direkten Steuern aufzubringen, nämlich 50 bis 60 Millionen durch Ausdehnung der Erbschaftsteuer (unter Anschluß der Ehegatten) 15 Millionen durch Erhöhung der Matrularbeiträge von 80 auf 100 Pfg. pro Kopf der Bevölkerung und 15 Millionen oder vielleicht auch noch mehr durch eine Kupon- oder Quittungssteuer. Unter den indirekten Steuern dürfte eine Streichholzsteuer figurieren, von der man annimmt, daß sie gegen 30 Millionen tragen wird. Streichholzsteuer ist lediglich Belastung des Massenkonsums und erinnert stark an gewisse französische Steuern.

**Die bayerischen Jungliberalen sammeln** für Pfarrer Tremel. Sie gehen dabei äußerst gemütvoll zu Werk und erinnern an die Pflichten, die der Herr Pfarrer gegen seine alte Mutter habe. Das ist ja ganz nett, aber Pfarrer Tremel, der übrigens gar nicht vom Benefizium suspendiert ist, also seinen Gehalt weiter bezieht, hätte sich das selbst überlegen müssen, als er es vorzog, gegen seinen Bischof ein Meißel zu werden. Diese Jungliberalen Herren lügen übrigens fortwährend das Zentrum in die Geschichte herein. Hier handelt es sich indes lediglich um kirchliche Disziplin, mit der das Zentrum gar nicht zu tun hat. Wenn die Wähler recht berichtet sind, so hätte Tremel nunmehr wirklich sich an das Staatsoberhaupt gewendet um eine Entscheidung gegen seinen Bischof. Damit wäre Tremel dann ohne weiteres exkommuniziert. Dagegen könnte ihm gar niemand helfen, am allerwenigsten der Staat — nur er selbst, sobald er zu seiner Pflicht als Pfarrer zurückkehrt. Daß der Staat deswegen einen — nutzlosen, aber auf jeden Fall gefährlichen — Kulturkampf inszeniere, ist eine törichte Meinung der Jungliberalen, die sich damit wichtig machen wollen.

**Selbstmordstatistik.** In Deutschland haben sich im Jahre 1907 von 100 000 Einwohnern 206 selbst umgebracht. Das ist der allgemeine Durchschnitt, der jedoch je nach Gegend und Staatsangehörigkeit große Schwankungen aufweist. So hat z. B. Koblenz 38,1 Selbstmörder auf 100 000 Einwohner, Hamburg 36,0, Bremen 32,4, Braunschweig 31,2, Königreich Sachsen 29,5, Sachsen-Weimar 28, Meiningen 27,6. Am besten steht unter den Kleinstaaten das kleine Fürstentum Lippe mit 11,5, das jedoch gerade wegen seiner Kleinheit nicht recht zur Vergleichung geeignet ist. Absolut am besten steht Hohenzollern Sigmaringen mit 8,7; es folgen Posen mit 10,2, Westfalen 12, Rheinland 12,1, West- und Ostpreußen 13,1 und 13,8. Bayern hat 15,1, Württemberg 16,2, Baden 19,3, Preußen 24,1. In dieser Statistik fällt auch sofort wieder auf, daß die katholischen Staaten und Provinzen fast durchweg weit besser stehen als die protestantischen. Es ist das eine bekannte Tatsache, die ohne Zweifel auf die religiöse Ueberzeugung zurückzuführen werden muß, wenn auch gewiß noch andere Ursachen auf die Selbstmordhäufigkeit wirken.

### Ausland.

Italien.

Wie es bei den italienischen Wahlen zugeht, darüber erzählt der gewiß nicht des Katholizismus verdächtige römische Korrespondent des „Berliner Tageblatt“ (Nr. 130), was folgt:  
„Ein Viechen vom Wahltag können auch die Männer im schwarzen Rod oder mit der Kutte (damit meint der Knoblauchgrüne die Geistlichen und Mönche) fingen. Mag man die Sache drehen und wenden, wie man will — sie sind doch Italiener. Trotzdem fand man es eigentlich unerhört, daß sich die schwarze Gesellschaft bei der Urne einzustellen wagte, um von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Aber da kam sie — wie es sich in einem wahrhaft freien Lande gehört — schön an! Um nicht als schände Verleumder gesehelt zu werden, folgen wir dem Berichte des „Corriere della Sera“. Der erzählt, daß zum Beispiel im fünften römischen Wahlkreis nicht mehr als ein Drittel Geistliche wählen durfte. Die anderen wurden von den Herren „Popolari“ (das heißt den Anhängern der Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit) kurzweg an die Luft gekehrt. Zwei Priester wollen durchaus ihre Zettel abgeben: „Wir haben ein Recht dazu!“ „Nehmt erst den Spaten auf die Schulter, und kommt wieder,“ heißt die klassische Antwort. Und fünf oder sechs junge Freiheitkämpfer fügen hinzu: „Wenn Ihr in zehn Minuten noch hier seid, tragen wir Euch sanft auf die Straße hinaus.“ Der Szene wohnt ein Polizeikommissär bei, der seine Uhr zieht: „Wie? Sie wollen wählen? Es ist ja schon 4 Uhr 10; zu spät zum Wählen“. Die beiden Priester ziehen ab. Der Polizeikommissär hatte absichtlich seine Uhr falsch gerichtet! So berichtet der „Corriere“.  
Ein anderer Priester, der im geistlichen Gewande nicht zugelassen wird, legt Zivilkleidung an und

kommt wieder. Umsonst. Er wird erkannt und erhält den Bescheid: „Voi non voterete!“ (Sie werden nicht stimmen!)

Die natürliche Ergänzung hierzu sind die fortgesetzten Altentate gegen das Wahlergebnis. „Hilft der Schwindel nicht“ — schreibt der „Popolo Romano“ — „so zertrümmert man die Wahlurnen, und ist dies nicht möglich, so sucht man durch List oder Gewalt die Proklamation des Gewählten zu hintertreiben.“ Der „Popolo“ erzählt auch von den tausend Schilling, als da sind Hinterziehung der Steuerzettel oder Einschmuggeln anderer Stimmzettel mit Hilfe einflussreicher Freunde usw. Was in den süditalienischen Wahlkreisen vorkommt, wo der Präsekt mitunter wie ein Paktischa hausen soll, das erzählt der offizielle „Popolo Romano“ allerdings nicht, dafür lesen wir das in anderen Blättern.

### Frankreich.

Die Betrogenen Kirchenräuber. Justizminister Briand teilte dem Untersuchungsaußenminister des Senats mit, daß er beschloffen habe, gegen einen Liquidator der Kongregationsgüter, in dessen Rechnungen Unregelmäßigkeiten festgestellt seien, Strafmaßnahmen zu ergreifen. Es heißt, daß der dem Gerichtspräsident des Seine-Departements zugeteilte Liquidator abgesetzt werden solle.

Die Rückzahlung der Ausgaben für Marokko. Der Budgetausschuß der Kammer trat vorgestern zusammen. Der Minister des Auswärtigen, Delcandolle, teilte mit, daß die Ausgaben für Marokko aufgrund einer prinzipiellen Verständigung mit dem Sultan an Frankreich zurückerstattet werden sollen. Die Verhandlungen hierüber zwischen Muley Hafid und dem französischen Gesandten Megnault dauern fort.

### Holland.

Die Regentenschaftsfrage in Holland für den Fall der Minderjährigkeit des Thronerben sollen die niederländischen Generalstaaten in einer Tagung lösen, die durch eine Entschließung der Königin für den 19. März einberufen wurde.

### Russland.

Die russische Flottenbaupläne. Der russische Minister beschloß, die Flottenbaupläne der Hamburger Werft Blohm und Voß für den russischen Staat als festen Entwurf in dem Konturenentwurf der 17 bedeutendsten europäischen Schiffbauwerften endgültig anzukaufen.

### Sien.

Die Ausarbeitung einer neuen Verfassung für Persien wird vom Schah ein Vizegouverneur von 60 bis 70 Personen ernannt werden, welcher mit seinen Arbeiten in den nächsten Tagen beginnen soll.

Die Rückgabe von Weihrauch seitens Englands will sich einer Meldung der „Morning Post“ aus Shanghai zufolge die chinesische Regierung sichern, um dort eine Frottenbasis zu schaffen. Es wird beabsichtigt, den Hafen für einen offenen zu erklären.

### Amerika.

Die amerikanische Tarifvorlage. Der Tarif-Ausschuß unterbreitete dem Kongress die Tarifvorlage. Der Vorstehende erläuterte die einzelnen neuen Positionen und führte aus, der Ausschuss habe einige Artikel von der Freiliste entfernt, auf andere eine Zollserhöhung gelegt, lediglich zu dem Zweck, die Einnahmen zu erhöhen. Diese Artikel seien meist Luxusartikel, wie Parfümerien, Toiletteartikel, Cafes, Federn und Gewürze. Wegen des ungenügenden Zollschutzes sei eine Zollserhöhung erfolgt auf Kohlensteinfarben, Papierfabrikate, Erzeugnisse der Lithographie. Zum Teil sehr wesentliche Erniedrigungen seien erfolgt bei Chemikalien, Oelen, Farben, Schwämmen, Lederwaren, Eisen, Stahlwaren, Maschinen jeder Art, Baumwolle, Formprodukten, Fleischwaren, Fisch, Hanf, Futtermitteln, Wolle, Leder, Schuhwaren und landwirtschaftlichen Geräten. Sodann wurden auf die Freiliste gelegt: Eisen, Güter, Kunstwerke, die mindestens 20 Jahre alt sind. Der Zoll auf Rohseiden und Spiegel-eisen wird von 4 auf 2 1/2 Dollars pro Zonne herabgesetzt. Die Zollreduktionen überwiegen die Erhöhungen bedeutend. Die Schutzsölle sind um 40 Prozent, die Sölle auf andere Waren, wie z. B. auf Lederwaren, entsprechend reduziert. Der Zoll auf raffinierten Zucker ist um 1,20 Cents pro Pfund herabgesetzt, der für chloraures Kali auf 2 Cents pro Pfund, der Zoll auf Wolle für Kleidungsstücke ist ziemlich unverändert, der auf Wolle für geringere Kleider ist reduziert. Pelze sind mit einem Zoll belegt, der 27 1/2 Prozent ihres Wertes beträgt. Die Tarifvorlage sieht Minimal- sowie Maximalsölle vor, die durchschnittlich um 20 Prozent höher sind. Der Minimaltarif soll allen Ländern zugute kommen, die Amerika die Weisbegünstigung einräumen. Die bestehenden Handelsverträge sind nach Maßgabe ihrer Bestimmungen zu kündigen.



## Am Vorabend eines Krieges?

### Die serbische Note.

Im österreichischen Abgeordnetenhaus erklärte am 16. d. M. bei der Debatte über das Rekrutenkontingent Ministerpräsident Freiherr v. Wienert: Die Antwort der serbischen Regierung auf unsere jüngste Demarche hat unsere Erwartungen nicht enttäuscht. Wir haben Serbien in entgegenkommender Weise die Hand reichen wollen, um es in die Lage zu versetzen, sich uns gegenüber in entsprechender Weise über die Veränderung seiner Politik hinsichtlich Bosniens und der Herzegovina, sowie über die Fortsetzung unserer wirtschaftlichen Beziehungen zu äußern. Auf diese bestimmte Frage hat die serbische Regierung in ausweidender Weise geantwortet. Wir werden jedenfalls nicht in der Lage sein, vor einer uns befriedigenden Darstellung der wahren Absichten Serbiens mit ihm in die Erörterung der wirtschaftlichen Fragen einzutreten.

### Die Antwortnote Oesterreich-Ungarns.

Der österreichisch-ungarische Gesandte in Belgrad wird am Samstag der serbischen Regierung die Note überreichen, welche Oesterreich-Ungarn als Antwort auf die Note der serbischen Regierung übergeben wird. Von der Antwort Serbiens wird Krieg oder Frieden abhängen.

### Die Stimmung in Serbien

bleibt anhaltend kriegerisch. Alle Vorbereitungen für die Ueberwindung des Hofes nach Wien sind getroffen. Sämtliche Banken und großen Geschäfte lassen ihre Barbestände in das Innere des Landes schaffen. Die serbische Staatsbank hat vorgestern einen neuen Kreditschritt von 500 000 Dinar für vertrauliche Zwecke des Ministeriums des Neußern einstimmig angenommen.

### Die Haltung Rußlands.

Wie aus Petersburg gemeldet wird, übergab der Minister des Neußern dem österreichisch-ungarischen Botschafter die Antwort der russischen Regierung auf die Mitteilung über die in Konstantinopel erfolgte Unterzeichnung des österreichisch-ungarisch-türkischen Protokolls betreffend die bosnisch-herzegovinische Frage. Die russische Antwort weist darauf hin, daß, wie bereits in der russischen Zirkulardepesche vom 19. Dezember 1908 festgestellt wurde, die unmittelbare Verhandlung zwischen Oesterreich-Ungarn und der Türkei nicht die Notwendigkeit ausschließt, die Frage über Bosnien und die Herzegovina einer Konferenz der Signatarmächte vorzulegen. Die russische Regierung sei daher bereit, sich mit Oesterreich-Ungarn und den anderen Mächten über die Einberufung einer Konferenz zu verständigen.

Nach der „Frankf. Ztg.“ bestätigt es sich, daß Rußland zum Rückzug bläst, da es kategorisch erklärte, sich nicht in einen Krieg einzumischen zu wollen. Eigentlich ist die letzte russische Note nur die Deckung dieses Rückzuges. Rußland will keinerlei Vermittlerrolle übernehmen. Hauptächlich ist man in Petersburg besorgt, Rußland vor einer Einmischung in einen eventuellen Krieg zwischen Oesterreich und Serbien zu bewahren.

Der russische Gesandte in Belgrad stattierte in den letzten Tagen dem serbischen Minister des Neußern Besuche ab, in denen er ihm, wie verlautet, namens der russischen Regierung freundschaftliche Ratsschläge erteilte, den Wünschen Oesterreich-Ungarns nach Möglichkeit entgegen zu kommen. Der französische Gesandte hatte ebenfalls Konferenzen mit Wilsonomitsch. In Kreisen, welche der serbischen Regierung nahe stehen, verlautet, daß die russische Regierung, in der Besorgnis, ihr Prestige in den Balkanländern einzubüßen, auf eine weitere Aktion zur Erhaltung des Friedens verzichteten wolle und daß nunmehr Frankreich die Vermittlung zur friedlichen Beilegung des österreichisch-serbischen Konfliktes übernommen habe. Zu den politischen Kreisen wird diese Wendung der russischen Politik dahin ausgelegt, daß Rußland mit der Haltung der serbischen Regierung einverstanden sei und die Verantwortung für eine eventuelle kriegerische Verwicklung auf Oesterreich-Ungarn schieben will.

An maßgebender Stelle in Wien wird erklärt, daß man nicht nur in London, Paris und Rom, sondern auch in Petersburg bereit sei, ein neuerliches

## Kirchliche Nachrichten.

**Freiburg (Breisgau).** Pfarrer Leibinger in Hinderlingen hat sich von dem Schlaganfall soweit erholt, daß er von der Lähmung befreit ist; das Sprachvermögen ist noch unvollkommen. — Die langjährige, im ganzen Land bekannte Vorleserin des Vinsgeniushauses in Baden, Schwester Tertuliana (Wilmann) ist, 74 Jahre alt, gestorben und wird in Begleitung ihrer Tochter in Baden beigesetzt. — In Hagenbeim (Detmold) findet vom 21.—28. März eine hl. Mission von drei hochw. Medemortistenpatres statt; eben so in Gschwiler (Detmold) und in der gleichen Zeit.

**Meß.** Die Bischofskonfession des Oblatenpaters Genes, welcher zum ersten apostolischen Bischof des Postulandes (Kapitolone) ernannt worden, wird am Sonntag, den 1. Mai, in der Kathedrale zu Meß erfolgen. Vater Genes weist zurzeit in seinem Heimatort Gampont, bei Chateau, woselbst seine Mutter noch lebt. — Brüssel. Vom 23. bis 26. September findet in Mecheln ein großer belgischer Katholiken-Kongress statt. Gelegenheit des Kongresses wird eine regelmäßige Speerfahrt über alle religiösen, moralischen, sozialen und wirtschaftlichen Werte, die während der 26 Jahre entfallen sind, stattfinden. Präsident des imposanten Kongresses ist Kardinal Mercier.

## Theater und Kunst.

Karlsruhe, 18. März 1909.

**Eden Scholander-Liederabend.** Eden Scholander, der schwedische Barde mit der Laute, der bekannte Meister des regitatorisch und gefanglichen Vortrags hat sich entschlossen, am Montag, den 29. März, wiederum einen Liederabend im Musiksaal zu veranstalten. Den vielen Freunden des ausgezeichneten nordischen Volksängers wird diese Nachricht gewiß willkommen sein? Arrangement und Verkauf der Eintrittskarten befindet sich wiederum in den Händen der Hofmusikalienhandlung Hugo Kunz, Kaiserstraße 114.

sehr entschiedenes Demarche in Belgrad im Sinne des Friedens zu unternehmen.

### Stimmen aus Frankreich.

Im französischen Ministerium des Neußern hofft man immer noch, Oesterreich werde seine Bereitwilligkeit ausprechen, nach einer befriedigenden Belgrader Erklärung Serbien den Zutritt zur internationalen Donau-Kommission zu gestatten und dadurch die Konferenz zu ermöglichen.

Der „Temps“ meint: Behufs Lösung des österreichisch-serbischen Zwistes wäre vielleicht folgender Weg einzuschlagen: Orients, Rußland erklärt, daß nach seiner Ansicht die serbische Antwortnote vom 10. März den Verzicht auf alle territorialen und politischen Ansprüche Serbiens bedeutet; zweitens, die Mächte würden sich dieser Mitteilung anschließen und im Einvernehmen mit Rußland feststellen, daß unter diesen Umständen Serbien keinen Einwand gegen das österreichisch-türkische Abkommen formulieren und drittens würden alle Mächte diese Feststellung der österreichisch-ungarischen Regierung und der serbischen Regierung zur Kenntnis bringen, welche gleichzeitig hiervon Akt nehmen würden. Nach einem solchen Schritt könnte Oesterreich-Ungarn im Betreff der Haltung auf der Konferenz gegenüber den österreichisch-türkischen Abkommen seine Forderung mehr hegen. Serbien würde durch die Annahme dieser europäischen Erklärungen nur den von ihm eingegangenen Verpflichtungen entsprechen.

Das „Journal des Debats“ bringt einen sehr heftigen Artikel gegen die österreichisch-ungarische Diplomatie.

### Die Haltung der Türkei.

Ueber die Haltung, die die Türkei dem österreichisch-serbischen Konflikt gegenüber einnimmt, wird aus Konstantinopel gemeldet, daß in den Kreisen der Hofe der bisher bewahrte Optimismus in der Beurteilung der Lage infolge der letzten serbischen Note und ihrer ungünstigen Aufnahme in Wien schwand.

Die „Köln. Ztg.“ meldet: Der türkische Minister des Neußern Nisfaat Bascha hat in Petersburg die bestimmte Erklärung abgegeben, die Hofe stehe bezüglich der Einberufung einer Konferenz auf dem Standpunkte Deutschlands und Oesterreich-Ungarns und werde keine Konferenz beschicken, welche die bosnische und die serbische Frage zu erörtern gedenkt.

Nach Angabe der Hofe wird die zweite Dampferladung serbischer Kriegsmaterials gründlich geprüft werden. Nur Ausrüstungsgegenstände, nicht aber Waffen und Munition werden durchgelassen und Dynamit für die französische und englische Minengesellschaft nur in Partien von 2½ Tonnen.

### Die Ansichten der österreichischen Politik.

Ein englischer Diplomat äußert sich in der römischen „Tribuna“ über die Politik des Freiherrn von Lehrental wie folgt: Baron Lehrental hat vom Anfang an alle guten Karten in der Hand gehabt. Oesterreich-Ungarn ist stark und hinter Oesterreich-Ungarn steht Deutschland. Die Tripelentente ist aber sehr schwach. England zählt als Seemacht am Balkan nicht mit. Frankreich wird sich für die Serben in keinen Krieg einlassen, Rußland kann keinen Krieg führen. Baron Lehrental hat das alles wohl gewußt. Er ist ein gründlicher Kenner Rußlands und kennt auch Zwozski sehr gut. Der Erfolg Baron Lehrentals ist unbestreitbar. Heute sieht man erl, wie stark die Monarchie ist, die man im Schlaf verjumpt wähnte.

### Ueber die österreichischen Rüstungen

liegen folgende Meldungen vor: Wie in Wien gerüchtweise verlautet, wurden vorgestern allein bei den städtischen Straßenbahnen 400 Bedienten einberufen. Die Hauptstadt steht unter dem Einbruch der Mobilisierungs-Maßregel. Bis jetzt haben 14 000 Mann Reservisten vom 2. Garde-Korps (Wien) die Einberufungs-Ordnung erhalten. In Birkhof bei Leitzsch an der deutschen Reichsgrenze ist eine Abteilung des österreichischen Eisenbahn- und Telegraphen-Regiments eingetroffen und hat eine Funkstation errichtet.

Alle tschechischen Regimenter, die zurzeit zur Bewachung der serbischen Grenze entandt worden waren, werden von dort zurückgezogen. Die Veranlassung hierzu liegt in den bekannten Neuereien tschechischer Mannschaften, insbesondere des 36. und 75. Infanterie-Regiments. Als Ersatz hierfür werden Regimenter mit deutscher Mannschaft an die Grenze entandt. In der Nacht vom 16. auf den 17. ds. ist ein Bataillon des 73. Infanterie-Regiments in aller Stille nach Bosnien abgezogen. Die übrigen Ersatztruppen werden aus der deutsch-böhmischen Garnisonsstadt Raaden und anderen Teilen des Reiches herangezogen.

Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Wien: Im April wird an den Grenzen Serbiens eine so große österreichische Truppenmacht verammelt sein, wie man in Europa kaum acht und in Serbien sicher nicht erwartet.

### Rüstungen in Serbien und Montenegro.

Das zweite serbische Angebot ist nunmehr vollständig in den Waffen gerufen worden und alles bereit sich noch vor mit fieberhafter Hast für den Krieg vor.

Aus Cetinje trifft die Nachricht von der Mobilisierung einer halben Division ein, die von einem Mitgliede der kaiserlichen Familie befehligt werden soll.

## Baden.

Karlsruhe, 18. März 1909.

### \* Herr Landgerichtspräsident Nibel und Pfarrer Karl.

Nach den ziemlich allgemein gehaltenen Berichten nationalliberaler Blätter über die Freiburger liberale Versammlung mußte man annehmen, daß Herr Landgerichtspräsident Nibel den Herrn Pfarrer Karl sehr geschickt in's Gebet genommen habe. Doch ist jedoch eine falsche Ansicht. Das muß sich jeder sagen, der folgende Ausföhrung des Herrn Nibel, die wir der „Lahrer Ztg.“ Nr. 64 entnehmen, liest. Darnach hat Herr Nibel u. a. gesagt:

„Die Schrift Karls sei lediglich ein wilder, leidenschaftlicher Angriff gegen seine früheren Parteigenossen. Herr Nibel behaupte den Mangel an Gemüth und Treue, der ihm aus der Schrift entgegengetreten sei. Nicht Vernachlässigung ihrer Grundzüge werde darin der nationalliberalen Partei vorgeworfen, sondern Vernachlässigung der Kirche. Statt den Versuch zu machen, die Partei zu ihrem Standpunkt zu bekehren, sei Herr Karl ihr mit dem Meißel an die Kehle gefallen. Der Neuber habe zuerst nicht glauben wollen, daß der Vorstand eines charitativen Instituts, der ein Vorbild der Liebe und Barmherzigkeit sein soll, aus solchem Hause das giftigste Giftpilz in's Land hinaus geschickt haben könne. Er habe geglaubt, daß Herr Karl mit ganzem Herzen an seiner Aufgabe hänge, habe sich aber jetzt fragen müssen, ob Karl unter solchen Umständen seine Aufgabe ausführen könne, wie es seine Pflicht sei, und diese Frage verneine er.“

Das ist ein starkes Stück von persönlicher Stumpfheit. Bekanntlich hat selbst die nationalliberale „Freie Ztg.“ ein Blatt dafür befunden, daß die Stellung Karls am Diakonissenhaus mit seiner politischen Gegnerschaft gegen die Nationalliberalen nicht verquittet werden dürfe. Hier aber hat der nationalliberale Landgerichtspräsident, der kirchlich zugleich Mittelvorsteher ist, aus der starken politischen Gegnerschaft des Pfarrers Karl gegen die nationalliberale Partei die Gründe hergenommen, ihn seines Seelsoverwes am Diakonissenhaus für unwürdig zu erklären. Der nationalliberale Parteimann hat also so viel an ihm liegt, die Suspension über den Pfarrer Karl von seinem Amt auszusprechen; er meint, ein Pfarrer, der so scharf gegen die Nationalliberalen vorgeht, weil sie für die Interessen der ewigen Kirche sein Verständnis hätten, sei nicht mehr zum Seelsover der Anstalt geeignet. Ist das nicht die allerhöchste Verachtung von Religion und Politik? Will etwa Herr Nibel behaupten, daß ein Geistlicher seines geistlichen Amtes sich unwürdig macht, wenn er scharf gegen jene vorgeht, die er als Gegner und als Schädiger seiner Kirche erkennt? Will er vielleicht auch dem göttlichen Stifter der christlichen Religion Vorwürfe machen, daß er die Gegner des Reiches Gottes scharf angegriffen, und „Hensler“, „überlächtige Gräber“ u. dergleichen? Herr Nibel ist einfach entsetzt mit dieser Stelle seiner Rede; er wurde wohl darauf aufmerksam gemacht; denn nachher erklärte er, daß er zu seinem Bedauern persönlich geworden sei. Das ist aber eine schämige Sache für einen Mann von dem Alter und der Stellung des Herrn Landgerichtspräsidenten Nibel. Jedenfalls macht es in der Öffentlichkeit einen schlimmen Eindruck; und wenn die Frage beantwortet wird, ob Herr Nibel darnach zum gerechten Richter über Karl berufen ist, wird man sie mit Recht entschieden verneinen müssen.

Unangenehm muß es auch berühren, daß man nirgends in der liberalen Presse oder bei einem liberalen Redner eine Bemerkung darüber fand, ob es jedenfalls auf die weitestgehende Freieinnahme ein gutes Einverständnis machen muß, daß Pfarrer Karl sich persönlich mit seinen Gegnern gestellt hat. Das ist auf jeden Fall anerkanntswürdig, weil anerkanntswürdig als die beachtlichste aber mihingehene politische Umschlachtung des Freiburger Diakonissenhauspfarrers, der es gewagt hat, gegen den nationalliberalen Staat zu läden.

### F. F. „Volksfreund“ und religiöse Toleranz.

„Was wir bestreiten, ist, daß wir in intoleranter Weise religiöse Anschauungen anderer Art prinzipiell verfolgen.“

So wagt der „Volksfreund“ zu schreiben gelegentlich einer Polemik mit dem „Landsmann“, und hülflich sich so nach edltem Kaufsystem Rezept in den Mantel der Unschuld.

Nat, um nur eines aus den letzten Tagen zu erwähnen, der „Volksfreund“ schon vergessen, was er in der allerletzten Zeit an Verdächtigungen gebracht nicht nur gegen den „in der Angst um den eventuellen Verlust der Macht und der fetten Staatspründe“ schwebenden Pfarrer von Daxlanden, sondern vor allem gegen eine angeblich dort abgehaltene Mission?

Ohne allen Anlaß wurde in Nr. 24 vom 24. Februar ein katholischer Gottesdienst in hiesiger Weise beschimpft und verächtlich gemacht als eine Ketzerungsgelächter, bei der der Arbeiter auf die doppelte Portion im Wollentuchduscheim vertrieben werde, während er sich im Diesseits mit einer halben Portion zufriedengeben müßte.

In einer Erwiderung auf einen Beobachterartikel wurden wiederum diese Andachten und Predigten bezeichnet als eine Serie von Klingelbeckenklängen.

Nat der „Volksfreund“ dem nicht bedacht, daß er mit diesen Auslassungen in ganz gemeiner Weise den katholischen Gottesdienst und damit die katholische Religion, ja die ganze christliche Weltanschauung geradezu schmäht und herunterzieht? Er hat ohne Bedenken diese Gemeinheiten gegen die katholische Religion aufgenommen und zu seinen eigenen gemacht, was ihm gewiß nicht vergessen wird in seinem Kampf gegen „Mission, Kirche und Pfaffen.“ Zugewendet sei übrigens, daß der „Volksfreund“ kein Gefühl mehr dafür hat, was eine Beschimpfung der Religion ist und daher auch nicht mehr voll verantwortlich gemacht werden kann für das, was in seinen Spalten in dieser Beziehung geschieht. Es sind bei ihm dieselben „unlinderen Umstände“ vorhanden wie bei unsern „Africanern“, welche am Tropenfieber leiden.

### Das „Stodacher Tageblatt“

früher „Nellenburger Bote“, ist unseren Lesern bereits vorgefellt. Es ist das Blatt, das u. a. eine ihm ohne Zweifel bekannte, in seinen Spalten berichtete Unwahrheit über den „Bad. Beobachter“ erst zwei Monate später berichtete, als es durch eine verstärkte Berichtigung auf Grund des Preßgesetzes dazu gezwungen worden war. Es ist das Blatt, das schon öfters gerade in der letzten Zeit giftige, unwahre Angriffe auf Geistliche brachte, die einen verheerenden Charakter hatten. Es ist das Blatt, das neuerdings die katholischen Geistlichen ohne weiteres der Geldgier beschuldigte, weil das Kloster Beuron Maßregeln ergriff gegen die vielfach eingetragene Gewohnheit, sich in Beuron trauen zu lassen. Bekanntlich haben sich die Geistlichen jenes Bezirkes in einer ruhigen, würdigen Erklärung gegen diese niederträchtigen Verleumdungen ihres Standes gewehrt. Auch dem liberalen Blatt wurde eine Erklärung zugesandt, die es auch brachte. Aber wie

es nun einmal solch wahrheitscheues Volk hat: das „Stodacher Tageblatt“ macht ruhig im alten Stil weiter. Will man dieses sowohl vom moralischen wie vom Standpunkt des journalistischen Anstandes einfach schmutzige Verfahren, recht beurteilen, so muß man diese Auslassungen selbst lesen. Da heißt es in Nr. 59:

„Diese Auslassungen haben die Geistlichen sehr in Sornisch gebracht, sie kam aber auch sehr gelegen, um dem Quartalswechsel eine Aktion gegen das „Tageblatt“ einzuleiten. Es brauchte vieler Worte, um den Leuten klarzulegen, daß die Beuroner aus eigenem und nicht auf eingelaufene Klagen auf diese Entnahmestelle bezüglichen. Dem Beuroner Kloster geht dadurch nicht nur die für die Trauung zu zahlende Tage hinaus, sondern auch den Büchern der Briefschaften des Klosters die Entnahme des Hochzeitskaufes u. d. Die Geldfrage ist für einen Geistlichen ein heiliger Punkt, aber warum soll man nicht auch einmal darüber reden, müssen doch alle anderen Staatsbeamten es sich gefallen lassen, daß man bei Berechnung ihrer Gehälter auf die Beurlaubung der Lehrer, um schon hundertmal geschrieben wurde, daß die Beurlaubungen, Organisationsdienst und Stundengebühren, doch auch Einkommen seien. Bei dem Mangel der Geistlichen um Gehaltsaufbesserung, hat die Zentrumspresse aber kein Geldwogen wie hoch die Beurlaubung eines Geistlichen sind. Der „Stodacher Anzeiger“ und mehrere andere Zentrumspresseblätter, waren übrigens mit uns der gleichen Ansicht, daß die Geistlichen Nutzen aus der Verfügung ziehen, denn sie bezüchten dieselbe im Interesse derselben. Wir müssen natürlich glauben, daß die Geistlichen nur auf höheren Lohn, nicht aber auf hingende Mänge trachten. Die ganze Geschichte ist eine aufgeschobene Aktion gegen das „Tageblatt“, um noch nach vor dem Quartalswechsel gegen dasselbe operieren zu können. Das hat und muß jeder einseitige Mensch aus der langen Erklärung, die eben nötig war, um das Gegenteil von dem zu beweisen, was wir sagten, herausgefühlt haben.“

Also wenn mit einer sagt: „Du bist ein Lump, der seinen idealen Beruf lediglich zum Geldmachen mißbraucht“, und ich schlage dem Kerl für seine Frechheit eines hinter seine langen Ohren, dann haue ich damit nach dem Stodacher liberalen Intelligenzblatt eine unbedeutende Sache auf. Ich habe mir ruhig von jedem Bündel die ärgsten Grobheiten und Frechheiten ins Gesicht sagen zu lassen; wehren darf ich mich dagegen nicht. Das ist die keine Logik des nationalliberalen Blattes. Man erinnert sich dabei, daß daselbst Blatt auch letzthin Freiheit für seine schlechte Sitte verlangte, unwahre Behauptungen nicht zu berichtigen. Denn es stellte es wie ein Vergehen hin gegen den Geist des Christentums, daß ein Priester von ihm energisch die Berichtigung einer Unwahrheit verlangte. Man kann allerdings von einem solchen Blatt nicht verlangen, daß es weiß, daß auch Jesus Christus zu dem freien Soldaten und Henslerfresser, der ihn schlug, sagte: „Hob ich unrecht geredet, so beweise es mir, habe ich aber recht geredet, warum schlägst du mich?“ Auf die weiteren wiederholten Verächtlichungen des Blattes gegen die Geistlichen näher einzugehen, erlasse man uns. Sie gehen lediglich aus demselben Verfahren hervor, das von jeder in dem Blatt zu bemerken war, die kathol. Geistlichen um jeden Preis herunterzuwürdigen.

Daß das Blatt ebenbürtige Mitarbeiter hat, wie es sich selbst aufbläht, das beweist folgende Aufschrift, die es veröffentlicht:

„Eine Uebersetzung wurde den Kirchenbesuchern am Sonntag, den 14. März, zuteil, indem von der Kanzel ein Projekt der Geistlichen des Kapuziner Klosters gegenüber einem kirchlich im „St. Tagbl.“ erschienenen Artikel verlesen wurde. Dieser letztere betraf die vom Kloster Beuron verfertigte Einberufung der sich in den letzten Jahren vielfach eingebürgerten Gewohnheit, Hochzeiten in Beuron zu feiern. Mit dieser Maßregel hat das Kloster den Konzeptionen von ungelobten einem Dienst erwiesen und da mancher von diesen mit einem bescheidenen Einkommen zu rechnen hat, so kann auch in einem solchen Ausnahmefall, der an sich keine Ausmaß mit geistlichen Geistlichen betrachtet werden. Ob nun der Anlaß zur Einberufung der besagten Sitte vorsetzen des Klosters selbst erfolgt ist, oder auf eine äußere Anregung hin, ist gänzlich ohne Bedeutung. Der gleichzeitige Ausfall gegenüber dem „St. Tagbl.“ als nicht glaubensfeindlichen Zeitung, war von der Kanzel aus nicht angebracht, und daholles, was nicht zentrumsfreundlich ist, als glaubensfeindlich verfahren wird, kann nicht gebilligt werden. Es wurde die Gelegenheit noch weiter benützt, die Zentrumspresse mit einbringlichen Worten zu empfehlen; für solche Propaganda ist die Kanzel nicht der richtige Platz und der Einbruch einer sonst wirkungsvollen Predigt kann dadurch nur einträchtig werden. Es wußt sich beututage jeder seine Zeitung nach Belieben und läßt sich in diesem Punkte nichts vorhaben.“

Einfach unaußer! Jureit kommt man und überhaupt häßlich, die Geistlichen hätten die Einberufung der Trauungen in Beuron verlangt aus Geldgier, weil ihnen dadurch manches entgangen sei. Gernoch sagt man: es ist ganz gleich, ob die Geistlichen das verlangt haben oder nicht: es bleibt dabei, daß Geldgierlichkeit dabei in Betracht kommen. Dartritt die schmutzige Verleumdungstendenz frech und schamlos zu Tag: Mügt ihr's machen, wie ihr wollt, verurteilt müßt ihr auf jeden Fall werden! Unaußerer Gesellschaft, mit der man's zu tun hat! Soann: Die verleumdete katholische Geistlichkeit, die von dem liberalen Blatt seit Monaten in ihrem seeligen Birken angegriffen und gehindert wird, wehrt sich endlich gegen die Angriffe und Verleumdungen, wehrt sich rein im Interesse der Seelger. Da wird in dem liberalen Blatt direkt gelogen: „Dah alles, was nicht zentrumsfreundlich ist, als glaubensfeindlich verfahren wird, kann nicht gebilligt werden.“ Mit keinem Worte war von Politik die Rede, sondern nur von Angriffen auf das geistliche Amt, und trotzdem nachher diese böartige Unwahrheit! Wenn wir es machen könnten, dann müßte dieser Mitarbeiter des liberalen Blattes an den Brunnen mit Wurzelbirne und Seife, und dort müßten ihm auf dem Zwangswege die Hände gewaschen werden, mit denen er das niederschrub.

Schon im Interesse der Sauberkeit muß man gegen solche Journalistik vorgehen. Das Volk, das eine solche Presse liest, verlernt es schließlich, Wahrheit, Ehrlichkeit und Vertrauen im Verkehr als unerlässliche Tugenden im öffentlichen Leben zu schätzen.

## Kleine badische Chronik.

Unterbach (Amt Zaubersbachheim), 17. März. Am Montag, den 16. d. M., war hier Bürgermeisterwahl, bei der Gemeinderat Reinhardt zum Ortsvorsteher gewählt wurde. Der bisherige Bürgermeister Zant erhielt 60 Stimmen.



Wetzlar, 16. März. In der heutigen Generalversammlung der Handelskammer für den Bezirk Wetzlar wurde beschlossen, die Zahl der Mitglieder der Kammer von 14 auf 21 zu erhöhen. Der Bericht über das Wirtschaftsjahr 1908 stellt die Schmutzwasserindustrie einen erheblich härteren Märgang der Ausführung fest. Die Beschäftigungslosigkeit hat schon jetzt einen Grad erreicht, wie seit langen Jahren nicht mehr. Durchschnittlich wird nicht über 45 Stunden wöchentlich gearbeitet.

Wetzlar, 18. März. Bei der hier abgehaltenen Sitzung kam ein Antrag zur Vorstellung, welcher ein Bericht von 37 Seiten hat.

Wetzlar, 18. März. Vorgestern nacht erforderten die Todtschwärze und Verarm der ledigen Gärtners Jakob Lemm, gebürtig von Weiskopf. Er war längere Zeit im Sanatorium Wehrwald als Gärtners beschäftigt.

### Vom Wasserwirtschaftsrat.

Der Wasserwirtschaftsrat hat in nächstfolgender Sitzung am letzten Freitag, den 12. März, seine Tagesordnung erledigt.

Nachdem H. Karlsr. Bg. der Vorstand der geologischen Landesanstalt Professor Dr. Deede in Freiburg die Wichtigkeit des Grundwasserstromes für die Wasserwirtschaft dargelegt und seine Gleichstellung mit den über der Erde stehenden Gewässern angeregt hatte, welche Frage dann noch von verschiedenen Rednern beleuchtet wurde, nahm Landgerichtspräsident Dr. Lehner in Offenburg zum Gegenstande eine Stellungnahme, indem er der Meinung Ausdruck gab, es könne dem unzulänglichen Bedürfnis, eine Bepflanzung der Wasserkräfte zu verhindern, auch ohne einschneidende Veränderung des Gesetzes dadurch entbrochen werden, daß man die Regierung ermächtigt, Anlagen, die diese Wirkung hätten, die Genehmigung zu verweigern. Auch könne man dem Paragraphen 16 des geltenden Gesetzes eine Auslegung geben, die es ermöglichen würde, daß auch durch die Anlieger Wasserkräfteanlagen geschaffen werden könnten. Uebrigens sei es mit der Fassung des Paragraphen 16 des Entwurfs, der die Rechte der An- und Hinterlieger behandelt, einverstanden, nur sei er der Meinung, daß die An- und Hinterlieger auch entschädigt werden müßten, wenn ihnen durch eine Wasserbenutzungsanlage die künftige Ausübung ihrer bisher unbenutzten Rechte unmöglich gemacht werde. Gegen diese Auffassung wendeten sich eine Reihe von Rednern.

Zunächst erklärte der Präsident des Verwaltungsausschusses, Herr Geheimrat Dr. Rewald, daß er auf dem entgegengelegten Standpunkt stehe. Mit einem Vorbehalt, wie es die Landstände im letzten Landtage beschlossen, und mit einer ausdehnenden Auslegung des Gesetzes sei nichts gehörsam. Seine Erfahrungen hätten gelehrt, daß man mit dem geltenden Gesetze nicht auskomme. Bei dem Vorschlag mehrerer Unternehmer könne es nicht darauf ankommen, welche Anliegerrechte dieselben besitzen, denn dieser Punkt sei für die Entscheidung, welchem Unternehmer der Vorzug einzuräumen sei, nicht maßgebend; schon jetzt würden die indempniten Rechte der Anlieger unwirksam gemacht, wenn die Gemeinden von ihrem Rechte, anstelle der Anlieger das Wasser zu benützen, Gebrauch machen; eine Entschädigung würde in diesen Fällen den Anliegern auch nicht geleistet. Man müsse Klarheit schaffen. Im gleichen Sinne sprach sich Landgerichtspräsident Dr. Döhrer-Mannheim aus, der betonte, die Abänderung des Wassergesetzes entspräche einem Bedürfnisse der Zeit. Den Anliegern, die das Wasser noch nicht benützen, für ihre Amortisationsaufwendungen, würde die allerschwersten Schwierigkeiten herbeiführen. Würde man diese Amortisationskosten hochschlagen, so würde man die Unternehmen verhindern.

Dieser letzte Gedanke wurde von anderen Rednern noch weiter ausgeführt. So wies Herr Professor Dr. von Zwiemel-Sidenhorst und Geheimrat Hofrat Dr. Ing. Arnold an der technischen Hochschule hier darauf hin, daß die Kraftwerkunternehmer zwar beurteilen könnten, welchen Wert die Wasserkräfte für sie selbst hätten, daß aber eine Schätzung des subjektiven Interesses, das die Anlieger ihrer Amortisationsaufwendungen, unmöglich sei; es käme sonst schließlich dazu, daß von 20 Anliegern jeder sein Interesse so hoch schätze wie das desjenigen, der die ganze Anlage ausführen würde. Wenn man auf der einen Seite durch die Vergebung der Produktivität der Anlagen höhere Werten, dürfe man ihnen nicht auf der anderen Seite Lasten auferlegen, die sie wieder schädigen oder unmöglich machen könnten.

Die beiden Vertreter der Landwirtschaftskammer nahmen zu dem Gegenstande eine verchiedene Stellung ein. Während Herr v. Stöcking, Vorsitzender, das Gesetz ablehnte, weil er in ihm eine Beeinträchtigung der Rechte der Anlieger und damit eine Schädigung der Landwirtschaft erblickt, fand Oberamteninspektor Zimmermann, Seidelberg, aus dem Standpunkt der Landwirtschaft nichts dagegen einzuwenden, daß die Wasserkräfte künftig der Verfügungsgewalt des Staates unterstellt werden; auch für die Landwirtschaft würden ja durch die Erfüllung der geplanten großen Wasserwerke manche Vorteile entstehen. Er wünschte nur, falls für die Erstellung von Bewässerungsanlagen, die erhebliche Einwirkungen auf die öffentlichen Interessen und die Rechte anderer ausüben könnten, künftig die Verleihung nachzulassen sei, diese nur dann sollte verweigert werden können, wenn die Voraussetzungen vorliegen, wie sie im „Notgesetz“ näher bezeichnet sind.

Daneben begrüßten die Vertreter der Industrie: Fabrikant Horn, Fabrikant und Kommerzienrat Schott Seidelberg, ebenso der Vertreter des Handwerks: Wassermeister Nienmann, Bruchsal den Entwurf, da die Herstellung der Wasserkräftewerke der Industrie und dem Handwerk Vorteile biete. Auch sie schenkte eine Entschädigung für die unbenutzten Wasserrechte ab; nur Sägewerksbesitzer Klotz-Gernsack glaubte die Anregung des Landgerichtspräsidenten Lehner zur Beachtung empfehlen zu sollen. Es ist recht beachtenswert, daß in der Stellungnahme der Presse auch in dieser Sache wieder die im politischen Leben gebräuchliche Phrase eine Rolle spielen muß. So schreibt der „Wald. Anzeiger“ der „Frankf. Zeitung“ nach:

„Auch eine Schädigung. Aber die Besprechung des neuen Wassergesetzes im Wasserwirtschaftsrat bringt die „Karlsr. Bg.“ einen vorläufigen Bericht, aus dem sich die bemerkenswerte Tatsache ergibt, daß namentlich

zwei bekannte Zentrumspolitiker, Landgerichtspräsident Lehner und Herr v. Stöcking gegen die Modernisierung des Gesetzes auftraten während andere wie Geheimrat Rewald und Oberlieger den entgegengelegten Standpunkt einnahmen.“

Wie man aus obigem Bericht ersieht, ist das objektiv unrichtig; denn Lehner war durchaus für das Gesetz und wollte nur die privatrechtliche Seite der Sache besser betonen; er wurde darin unterstützt von dem Herrn Stöck, der der liberalen Partei angehört. Es ist daher auch völlig willkürlich hier auf einmal wieder das liberale Schema P anzuwenden und darnach die Geister zu scheiden. Wir sind überhaupt fest überzeugt, daß die politische Auffassung bei der Entscheidung dieser Frage keine Rolle gespielt hat und daß es sehr ungerecht ist, hier politische Tendenzen zu wittern.

Zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung, die Großwasserkräfte des Landes betr., machten anschließend an die Darlegungen des Berichterstatters Oberbaurat Freiherrn v. Babo, die Professoren Oberbaurat Heßdorf, Karlsruhe, Dr. Deede, Freiburg, Geh. Hofrat Dr. Ing. Arnold und Dr. v. Zwiemel-Sidenhorst hier eine Reihe interessanter Mitteilungen technischer und wasserwirtschaftlicher Natur. Was das Vorgehen der Regierung betrifft, so hielt Oberamteninspektor Dr. Winterer an seinem schon öfters vertretenen Standpunkt fest, daß die Regierung die Wasserkräfte selbst ausbauen und nur die Verteilung des Stromes den Gemeinden und Privaten überlassen solle. Da dies aber nicht zu erreichen sei, so müsse er den Leitungen der Regierung bei. Seinen Ausführungen trat Herr Geheimrat Hofrat Arnold bei, der erklärte, die Elektrizität habe zwar große Fortschritte gemacht, sie stehe aber nach seiner Ansicht gleichwohl noch im Anfang einer Entwicklung. Landgerichtspräsident Döhrer dankte der Regierung, daß sie sich zu der Entscheidung bekannt habe, die in den Leitungen ausgedrückt seien. Er gehe nicht so weit, zu verlangen, daß der Staat ausnahmslos die Wasserkraftanlagen herstelle und keine in private Hände gebe, er habe nur gewünscht, daß die Regierung feststelle und prüfe, welche von den vorhandenen Stellen des Rheins sich am besten für den Staat eignen zur Deckung seines eigenen Bedarfs an Wasserkraft. Für diesen Bedarf solle der Staat die erforderlichen Wasserkräfte sich vorbehalten, die nicht-erforderlichen möge er abgeben, zunächst an Unternehmungen, denen ein öffentlicher Charakter zukomme, dann an Private. Den Leitungen wurde dann auch nach einer unerheblichen Veränderung der Fassung von der Versammlung zugestimmt.

In seinem Schlusswort besprach der Minister Herr v. Bodman die gegebenen Anregungen. Er gedachte der Verdienste des verstorbenen Ministers Dr. Schenkel und dankte schließlich den Erscheinenden für ihre Teilnahme an den Verhandlungen, deren Verlauf als ein befriedigender bezeichnet werden könne und die Hoffnung rechtfertige, daß die Einrichtung des Wasserwirtschaftsrates dem Lande zum Segen gereichen werde.

### Lokales.

Karlsruhe, 18. März 1909.

† Katholischer Männerverein Constanza. Wie aus dem Inseratenteil ersichtlich, findet am Feste des heiligen Josef unser Patrozinium statt mit Feste. Auch an dieser Stelle sei der möglichst zahlreiche Besuch den verehrlichen Mitgliedern und Freunden angelegentlich empfohlen.

† „Diebstahl“. Verein kath. Kaufleute und Beamten. Am letzten Samstag, dem Gründungsstag des Vereins (13. März 1884), waren die Mitglieder zu einer Versammlung im hiesigen Jubiläumssaal versammelt. Es war eine feierliche und fröhliche Stunde, darunter erzielte Weise eine kurze Retention der alten Wache, wie auch einige Gäste, Klavierkonzerte, gemeinschaftliche Vieder und Einzelvorträge folgten in reicher Abwechslung. Der erste Vortrag hob in einer Ansprache die Bedeutung des Tages hervor und betonte die Pflicht der Dankbarkeit gegen die Gründer, die sich am besten darin äußerte, daß alle treu zur Fahne stehen und eifrig im Sinne der Ziele des Vereins wirken. Zur Bekräftigung dieser Ermahnungen wurde auf die noch lebenden Gründer ein dreifaches Hoch ausgedrückt und das Vereinstied beglückwünscht. Im Anschluß an die Verlesung des Gründungsprotokolls wurden aus den Ständerbüchern des Vereins Erinnerungen trüber und heiterer Natur angelesen. Kurzum der Abend verlief in angenehmer, harmonischer Stimmung und darf als gelungenes Gelingen zu der im Juni stattfindenden Jubelfeier gelten. Auch ein künftiger Erfolg ist zu verzeichnen, indem gleich ein namhafter Beitrag in die Jubiläumskasse geleistet wurde. Die herr. Vereinstatthalter sollen in einladender, jedoch der Bedeutung des Festes entsprechender Weise durchgeführt werden.

Die Generalversammlung der Vereinsbank fand am Dienstagabend im Eintrachtsaal statt. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates Kaufmann W. H. H. begrüßte die Erscheinenden und wählte den Vorstandsmittelglieder sowie insbesondere den Direktor Peter für ihre entsprechende Wirtschaftliche Worte der Anerkennung. Sodann gedachte er des 50jährigen Jubiläumsgedenks. Auch Direktor Peter nahm Bezug auf dieses Ereignis und gedachte einer Reihe von Persönlichkeiten, die sich um die Genossenschaft verdient gemacht hätten. Bei Eröffnung des Geschäftsberichtes wies Direktor Peter auf die schwierige Lage des Geldmarktes im letzten Jahre hin. Das Baugewerbe und die Bauwirtschaft habe darunter sehr gelitten; aber auch das gesamte Erwerbsleben war ungenügend boomflut. Auch die Vereinsbank blieb nicht unberührt. Schuldner, die vor Jahresfrist noch als gut gehalten hatten, wurden zahlungsunfähig, ebenso konnten Bürgen für ihre Verpflichtungen nicht mehr einstehen. Hypotheken, welche als eine genügende Sicherheit angesehen werden dürfen, fielen aus, weil bei den Vermögensgegenstandswertungen keine Kaufschreiber sich einstellten. Angelegentlich dessen kann der abzusprechende Betrag von 15 077,80 Mk., welcher aus Verlust von sechs Posten herührt, nicht überraschen. Errechenweise hoch dem Verlusten ein Ausgewinn an Effekten in Höhe von 12 938,94 Mk. gegenüber. Schwere betroffen wurde die Genossenschaft auch durch das neue Vermögenswertgesetz. An Steuern und Unlagen hatte man 22 921,06 Mk. zu entrichten gegenüber 10 299,22 Mk. im Vorjahr, das bedeutet eine Erhöhung von 122 Prozent. Trotz der erheblichen Mindereinnahme an Zinsen wurde ein Nettogewinn erzielt von 231 769,35 Mk., welcher neben den üblichen Zuzufügungen die Gewährung von 7 Proz. Dividende an die begünstigten Geschäftsgebühren gestattete.

Die Sporeneinnahmen beliefen sich am 1. Januar 1908 (3086 Einleger) auf 2 161 702,21 Mk., am 31. Dezember 1908 (3363 Einleger) auf 2 625 114,30 Mk. Am Anfang des Jahres 1908 betrug die Zahl der Mitglieder 4964. Im Laufe des Jahres sind eingetreten 343, mithin Mitgliederzahl am 31. Dezember 1908 5307. Auf Anfang des Jahres 1909 verblieben 4974 Mitglieder, die den verschiedenen Verufen angehören.

Herr W. H. H. berichtete über die Tätigkeit des Auf-

sichtsrates, worauf die Bilanz genehmigt und dem Vorstand Entlassung erteilt wurde. In Übereinstimmung mit dem Vorschlag des Vorstandes beantragte der Aufsichtsrat, den erzielten Nettogewinn von 231 769,35 Mk. in folgender Weise zu verwenden: Zuzufügung zum Reservefonds 2409 233 Mk., 7 Prozent Dividende auf bezugsberechtigten 2 409 233 Mk., — Geschäftsgebühren 168 646,31 Mk., Gratifikationen an das Personal 9200 Mk., Gaben für wohltätige und gemeinnützige Zwecke 900 Mk., Gewinnschüttung auf neue Rechnung 17 999,20 Mk., zusammen 231 769,35 Mk. Auf Vorschlag aus der Mitte der Versammlung wurde den Beamten der Vereinsbank anlässlich des 50jährigen Jubiläum eine Remuneration von 15 Prozent des Jahresgehältes gewährt. Die gesetzlichen Reserven haben zu keiner Veranschlagung Anlaß gegeben. Die aus dem Aufsichtsrat auscheidenden Mitglieder wurden einstimmig wiedergewählt.

Ein räuberischer Überfall wurde H. v. d. Landesgesetzgebung gestern auf einen Griechen ausgeübt, dem zwei Individuen beobachtet hatten, als er auf einer Bank einen Scheck einlöste. Als er seine Wohnung in der Wälderstraße noch nicht erreicht hatte, wurde er von einem Manne angehalten, der ihm ein Geld hat, unter dem Vorgeben, er habe seit 2 Tagen nichts gegeben. Als man der Griechen kein Portemonnaie gezogen hatte, um den Wunsch des Mannes zu erfüllen, versuchte dieser mit einer plötzlichen Handbewegung sich des ganzen Geldes zu bemächtigen. Zu gleicher Zeit zog der Unbekannte mit der anderen Hand ein Messer, um es dem sich im letzten Augenblicke in dem Verh zu haben. Der Angegriffene faßte aber das Messer des Angreifers, doch gelang es diesem, die Waffe wieder an sich zu reißen, wobei dem Unbekannten das ganze Handgelenk durchgeschnitten wurde. Im selben Moment erschien auch der Mann an der Straße, der sich bis dahin verborgen gehalten hatte, auf der Wälderstraße und versetzte dem Unbekannten einen Stich in die Brust. Dadurch war der Überfallene nun vollständig wehrlos gemacht, so daß es den beiden Räubern ein Leichtes war, dem Griechen sein Geld abzunehmen. Dem Schwerverletzten gelang es noch, seine Wohnung zu erreichen, von wo er auch später nach dem Krankenhaus überführt wurde.

Ein raffinierter Diebstahl. In ein Gasthaus in der Kronenstraße kam am 16. d. M. früh 4 Uhr, ein angeblicher Kaufmann aus Baden und ließ sich vom Hausbesitzer ein Zimmer anweisen, der sich daselbst mit 2 Mk. vorzuschießen ließ. Nach etwa 10 Minuten kam der angebliche Kaufmann wieder herunter, legte das Zimmergeld hin zu dem Hausbesitzer, welcher ihm zwei Mark wieder zurückgab und gab dem Hausbesitzer 30 Pf. Trinkgeld. Bald darauf stellte dieser fest, daß der Kaufmann vor einem Fremdenzimmer ein Paar Schmuckstücke im Werte von 13 Mk. entwendete.

### Vermischte Nachrichten.

Hd. Halle a. d. S., 17. März. Im nahen Hohenberg ist in der vergangenen Nacht durch Kohlenarbeiter ein eismalochabstürzen den der Gemeindevorsteher Lehmann mit Frau und Tochter erlitt.

Hd. Frankfurt, 17. März. In den Damen-Wartesälen des Hauptbahnhofes wurden in den letzten Tagen wiederholt Taschenbündel ausgeführt. Gestern gelang es der Kriminalpolizei eine bekannte Taschendiebin namens Katharina Schmidt festzunehmen.

Hd. Paris, 17. März. Die Überbürger Typhus-Epidemie breitet sich trotz allen Gegenmaßregeln aus. Bis gestern waren 35 Todesfälle und 151 Erkrankungen gemeldet. Hier weitere Personen befinden sich in Beobachtung.

Strandung eines Luftschiffes. Hd. München, 17. März. Im Wetterstein-Gebirge strandete in einer Höhe von 1500 Metern an einem schneebedeckten Abhang des Karmelkopfes oberhalb Mittelwand der gestern in Dornau aufgestiegene Ballon „Cognac“, der die Alpen überfliegen wollte und in einen Wehrturm geriet, der ihn gegen das Wettereingebirge trieb. Seine beiden Insassen, der Herr von d. Beaulieu und Mittelweiser von Franzenberg, Präsident des deutschen Aero-Clubs, sind unversehrt. Der Ballon wird zur Zeit gehoben. Die beiden Piloten werden heute nachmittag noch in Mitterwalde und gegen Abend in München erwartet.

Erbeben. Hd. Rom, 17. März. Ein neuer großer Erdstoß in Messina brachte gestern nachmittag gegen 4 Uhr viele Mauerreste und die Trümmer des Klosters auf dem Plage S. Spirito vollends zum Einsturz. In dem Kloster hatte ein Ehepaar und eine alte Frau Zuflucht gesucht. Das Militär grub das Ehepaar als Leichen und die alte Frau schwer verwundet aus.

### Telegramme und neueste Nachrichten.

Hd. Berlin, 17. März. Der Kaiser sprach heute vormittag beim Reichskanzler Fürst Bismarck vor.

Hd. Kiel, 17. März. Die für Donnerstag angelegte Ausreise der Kaiser-Yacht „Hohenzollern“ nach dem Mittelmeer ist den „Krieger-Neuesten Nachrichten“ zufolge verfallen worden. Es sollen weitere Besuche auf Berlin abgemacht werden.

Hd. Dresden, 17. März. Wegen Geldmangel hat die hiesige politische Polizei die Schließung mehrerer russischer Leseklubs verfügt. Zahlreiche Ausweisungen junger Russen sollen bevorstehen.

Hd. München, 17. März. Heute nachmittag 2 Uhr ist zu dem offiziellen Antritt des Reichs am Münchener Hof der Prinz von Braunschweig, Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg, hier eingetroffen. Er wurde auf dem Bahnhof von Prinzessin Luise als Vertreter des Prinzen, enten, künftigen Prinzen des Königlichen Hauses sowie von dem Ministerpräsidenten Herrn v. Poensil empfangen. Nach einem Empfang im Waldhofschloß erfolgte die Fahrt zur Residenz, wo der Prinzregent seinen hohen Gast erwartete. Nachmittags 4 Uhr fand eine Familienfeier statt.

Ein deutscher Postdampfer angehalten. Hd. London, 17. März. Wie der „Times“ aus Singapur gemeldet wird, ist dort der deutsche Postdampfer „Prinzessin Alice“ durch 25 Stunden angehalten worden, weil er 470 Fuhd Opium an Bord hatte. Der Kapitän protestierte energisch gegen diese Maßnahme, unter Hinweis darauf, daß die Postdampfer ähnliche Rechte und Privilegien besitzen wie die Kriegsschiffe. Das Schiff wurde aber erst freigegeben, nachdem der Kapitän Überantwort gestellt und die Opiumladung den Behörden überantwortet hatte.

Zum Streik der französischen Postbeamten. Hd. Paris, 17. März. Der Zustand der Post- und Telegraphen-Beamten dehnt sich in Paris wie in der ganzen Provinz weiter aus. Die Streiktruppen, welche die gewöhnlichen Preise und Straßendienste verrichten, haben beschlossen, sich den Streikenden anzuschließen. Weiter haben die Telegraphenbeamten heute Nacht eine Versammlung abgehalten, in welcher sie sich verpflichteten, die Forderungen der Postbeamten zu unterstützen und heute morgen die Arbeit nicht aufzunehmen. In zahlreichen Provinstädten ist die Erregung groß und außerdem werden Versammlungen abgehalten. Die Wegzahl der Provinstädte kann nur eine eingeschränkte

telegraphische Verbindung mit Paris unterhalten. Die Uebermittlung von Telegrammen ist unmöglich geworden und es ist befohlen worden, Telegrammabfertiger per Post zu versenden. Was die Postbeamten des Postdienstes anlangt, welche aus den großen Provinstädten eintreffen, so ist ihre Zahl stark gemindert und es ist daher nicht möglich, die Briefposten ordnungsgemäß fertig zu stellen. Die Postverwaltung hat beschlossen, die für die Provinz bestimmten Briefe nach den Hauptstädten der betreffenden Departements zu dirigieren, wo dann die Verteilung vorgenommen werden sollte. Zurzeit befinden sich im Pariser Zentralamt nicht weniger als 100,000 unbediente Telegramme. 700 Postbeamte sind im Laufe des gestrigen Tages ihres Amtes entlassen worden.

Hd. Paris, 17. März. Das Syndikat der Wechselagenten erklärte, angesichts des Ausbruchs der Postbeamten hätten die Bankiers die Abänderung von eingeschriebenen und Wertbriefen vorläufig eingestellt.

Hd. Paris, 17. März. Die ausführenden Postbeamten erklärten angeblich die Aufhebung der Unterführung seitens der englischen, amerikanischen und deutschen Postbeamten, welche bedeutende Geldsummen zur Verfügung stellen würden.

Hd. Paris, 17. März. Die radikalen und sozialistischen Abgeordneten nahmen einen Antrag an, worin sie ihr Bedauern darüber ausdrückten, daß das Personal der Postverwaltung es für nötig betrachtet habe, die Arbeit einzustellen und einen öffentlichen Verwaltungsdienst zu desorganisieren. Die Abgeordneten versprechen den Beamten, nach Wiederherstellung der Ordnung ihre Wünsche nach Reformen zu unterstützen. Am nächsten Freitag wird der Abgeordnete Leroy den Staatssekretär Surlin in der Kammer über den Gegenstand befragen. Diese Anfrage wird von dem Abgeordneten Gecault in eine Interpellation umgewandelt werden.

Hd. Berlin, 17. März. Der Verband mittlerer Reichs-Post- und Telegraphenbeamten teilt mit, daß die von anderer Seite gebrachte Meldung, der genannte Verband habe den Pariser streikenden Postbeamten Geldunterstützung überlassen, in keiner Weise den Tatsachen entspricht.

### Ereignisse auf dem Balkan.

Hd. Budapest, 17. März. Verkehrsbeamte auf der Station Bars entdeckten dort einen aus Bille nach Belgrad an einen dortigen Kaufmann als Paket ausgegebenen Waggon, dessen Ladung in Wirklichkeit aus Dynamit bestand. Der Sammelgefahr wurde vorgebeugt, die Ladung ist nach Esseg gebracht worden.

Bulgarien und die Türkei. Hd. Konstantinopel, 18. März. Die bulgarische Entschädigungsfrage kann als erledigt betrachtet werden. Die Türkei wird eine Anleihe im Betrage von 125 Millionen Franken im Auslande aufnehmen. Als Garantie bietet sie die bisher für die russische Kriegsschuld dienenden Einkünfte von vier asiatischen Provinzen. Man hofft auf günstige Anleihebedingungen.

Die Konferenzfrage. Hd. Wien, 18. März. Zur Konferenzfrage liegt hier eine neue italienische Anfrage vor, welche nach der Auffassung hiesiger offizieller Kreise eine mögliche Basis zu bieten scheint. Es wird darin vorgeschlagen, daß die Mächte den in der serbischen Zirkular vom 10. März angesprochenen Bericht auf territoriale Entschädigung zur Kenntnis nehmen sollen, wodurch die Diskussion der serbischen Ansprüche auf der Konferenz wegfiele.

Kriegsberühmungen. Hd. Wien, 18. März. An alle Wehrpflichtigen der in Bosnien, Herzegowina und im südlichen Dalmatien stationierten Regimenter sind die Einberufungsordnungen ergangen. In denjenigen Kreisen, wo die Zuführung zum Dienst gemeldet, haben sich bereits eine Anzahl Reservisten zum Dienst gemeldet. Die Kriegsverwaltung bestellte für heute bei der Südbahn fünf Transportszüge nach Bosnien.

Hd. Athen, 18. März. Die in den hiesigen Journalen beschaffigten österreichischen Arbeiter sind telegraphisch einberufen worden.

Hd. Berlin, 18. März. Wie das „N. Z.“ aus Wien erfährt, wird heute die allerhöchste Entschädigung vom 15. März publiziert werden, womit die Truppen in Bosnien, der Herzegowina und Dalmatien auf den Kriegszug gebracht werden. Die Einberufungen begannen schon gestern. Bis Sonntag früh werden die Mannschaften an Ort und Stelle sein. Die Einberufung der Reservisten umfaßt 5 bis 7 Jahrgänge, da die in den erwähnten Gebieten stehende Truppenzahl von beiläufig 120 000 auf 250 000 Mann gebracht werden soll.

Hd. Teplitz, 18. März. Viele Tschechen geben unumwunden ihrer Sympathie für Serbien Ausdruck. Tschechische Studenten sind nach Belgrad abgereist, um für Serbien gegen Oesterreich zu kämpfen.

Wetterbericht des Zentralbureau für Meteor. und Hydrogr. vom 18. März 1909.

Die Luftdruckverteilung hat sich seit gestern sehr wesentlich verändert. Hoher Druck bedeckt den ganzen Osten Europas und vor der irischen Westküste ist eine tiefe Depression entstanden, die einen Ausläufer bis zu einem der Mittelwälder erstreckt. Teilnehmend entleert. Am Morgen herrscht in Deutschland meist heiteres Wetter bei Temperaturen, die sich überhalb unter dem Gefrierpunkt liegen. Vorwiegend wird die Depression ihren Wirkungsfeld weiter östwärts ausbreiten; es ist deshalb zunehmende Bewölkung und Erwärmung, später Niederschlag zu erwarten.

Donnerstag, den 18. März. Seefahrt. 9 Uhr Hotel Lannhäuser. Kathol. Arbeiterverein. Halb 9 Uhr Gesangsprobe. Kath. Männerverein St. Etelen. Halb 9 Uhr Monatsversammlung mit Vortrag im Landstrecht. Apollotheater. 8 Uhr Vorstellung. Koffenheim. 8 Uhr Vorstellung.

Freitag, den 19. März. Kathol. Männerverein Constanza. Patronatsfest. Kathol. Gesellenverein. Halb 9 Uhr Versammlung (Zelestifer).

Geschäftliche Mitteilung. Vereinder. 1. u. 2. Maschinenbau-Anstalten. Zu unserer Mitteilung über die am 20. d. M. in Berlin stattfindenden Hauptversammlung ist noch nachzutragen, daß außer den Vertretern der China und Argentinien als Abgabegebieten für die deutsche Maschinenindustrie noch Herr G. Schäffler-Bremen über „Japanische Bedeutung für die deutsche Maschinenindustrie“ sprechen wird.

Des hl. Josefesfestes wegen erscheint die nächste Nummer unseres Blattes am Samstag nachmittags.

Die größte Auswahl Seidenstoff-Neuheiten für Roben, Blousen etc. bieten die neuen Musterkollektionen der Seidenstoff-Fabrik-Union Adolf Grieder & Cie., Kgl. Hof. Zürich (Schwyz) Ware portofrei verzollt ins Haus. Muster umgehend.



### Gottesdienstordnung

Freitag, den 19. März 1909.  
Fest des hl. Joseph.

**Katholische Stadtpfarrei St. Stefan.**  
5 Uhr Frühmesse.  
7 Uhr hl. Messe.  
8 1/4 Uhr hl. Messe.  
9 1/2 Uhr Festgottesdienst mit lebendigem Hochamt und Predigt.  
11 1/4 Uhr Kindergottesdienst mit Predigt.  
3 Uhr Corporis Christi-Bruderschaft-Andacht.  
3 1/2 Uhr Versammlung für den Mütterverein.  
Weichtage am Vorabend des Festes von 2 bis 9 Uhr und am Festmorgens von 6 bis 8 Uhr.

**Bernharduskirche.**  
6 1/4 Uhr Frühmesse.  
8 Uhr Singmesse.  
9 1/2 Uhr Hochamt mit Predigt.  
11 Uhr Kindergottesdienst.  
2 1/2 Uhr Andacht zu Ehren der heiligen Familie.

**St. Vincenzkapelle.**  
7 Uhr hl. Messe.  
8 Uhr Amt mit Predigt.  
5 1/2 Uhr Segen.

**Liebfrauenkirche.**  
6 1/4 Uhr Frühmesse.  
8 1/4 Uhr Kindergottesdienst.  
9 1/2 Uhr Hauptgottesdienst: Hochamt mit Predigt.  
11 Uhr hl. Messe.  
2 1/2 Uhr Corporis Christi-Bruderschaft mit Segen.

**St. Nikolauskirche.**  
9 1/2 Uhr Singmesse.

**St. Bonifatiuskirche.**  
6 Uhr Austeilung der hl. Kommunion und Weichtage.  
6 1/4 Uhr Frühmesse.  
8 1/4 Uhr Singmesse mit Predigt.  
9 1/2 Uhr Hochamt mit Predigt.  
11 1/4 Uhr Kindergottesdienst mit Predigt.  
2 1/2 Uhr Andacht zum guten Tod.  
Ludwig Wilhelm-Krankenheim.  
8 Uhr hl. Messe.

**St. Peter- und Paulskirche.**  
6 Uhr Weichtage.  
6 1/4 und 7 1/4 Uhr Austeilung der heiligen Kommunion.  
7 1/4 Uhr deutsche Singmesse.  
9 1/2 Uhr Hauptgottesdienst mit Predigt.  
2 Uhr Andacht zu Ehren der heiligen Familie.  
6 Uhr Delbergs-Andacht.

**Städtische Durlach.**  
6 1/4 Uhr Weichtage.  
7 1/4 Uhr Frühmesse und Austeilung der hl. Kommunion.  
9 1/2 Uhr Hochamt mit Predigt.  
2 Uhr Beizer.

### Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei dem schwerem Verlust unserer nun in Gott ruhenden lieben Mutter, sowie für die schönen Blumenpenden und ehrenvolle Begleitung zur letzten Ruhestätte sprechen wir Allen auf diesem Wege unsern herzlichsten Dank aus.  
Karlsruhe, den 18. März 1909.  
Familie Kaiser.

### Vereinsbank Karlsruhe

eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht.  
Wir bitten um Einreichung der **Einlage- und Sparbücher** zwecks Abrechnung, wobei auch die Auszahlung der Dividenden auf die vollen Geschäftsanteile erfolgt.  
Der Vorstand.

### Katholischer Männerverein Constantia.

Am Fest des hl. Joseph, Freitag, den 19. ds. Mts., abends 7 1/2 Uhr findet zur Feier unseres **Patrociniums** im oberen Saale des **Café Nowack** ein Familienabend statt mit Festrede und Gesangsvorträgen.  
Die **Generalkommunion** ist am Sonntag, den 21. I. Mts., morgens 7 1/2 Uhr, in St. Stefan.  
Die verehrlichen Mitglieder laden wir zur zahlreichen Beteiligung mit dem erg. Anfügen ein, daß unsere neuhergerichtete Fahne beim Familienabend zur Verfügung aufgestellt wird.  
Karlsruhe, den 14. März 1909. Der Vorstand.

### Katholischer Männerverein der Südstadt.

Wir bitten unsere verehrlichen Mitglieder, sich an der am Sonntag nach der Frühmesse stattfindenden **Generalkommunion der Männer** vollständig zu beteiligen.  
Der Vorstand.  
P. S. Der Familienabend findet nicht am Sonntag, den 21., sondern erst in 8 Tagen, am 28. März statt.

**Ehrlich im Handel.**

**Fidelitas,**  
Verein katholischer Kaufleute und Beamten Karlsruhe.  
Kommenden Sonntag findet die **Generalkommunion der Männer und Junglinge** in allen hiesigen Pfarrkirchen statt.  
Wir bitten um vollständige Beteiligung.  
Christlich im Wandel. Der Vorstand.

**Neue Impresse!**  
Anmeldung zur kirchlichen Trauung zu beziehen durch die „Badenia“, Aktiengesellschaft für Verlag und Druckerei, Karlsruhe (Baden), Adlerstraße 42.

**Ludwig Schweisgut,**  
Karlsruhe, Erbprinzenstraße 4,  
**Pianos und Harmoniums**  
Nur allerbeste Fabrikate  
Über 100 Instrumente zur Auswahl.  
Reelle Preise.  
Fachmännische Garantie.  
Umtausch alter Klaviere.  
Gespielte Instrumente billigst.  
Stimmungen, Reparaturen.



MESSING- und KAUTSCHUK-  
STAMPSEL-  
SIEGEL-SCHILDER-  
GRAVIRUNGEN  
ALLER ART.



Geld an jedermann, anerkannt reell, auch gegen bequeme Ratenzahlung, verleiht diskret und schnell zu kulantem Bedingungen. Selbstgeber O. A. Winkler, Berlin 141, Potsdamerstr. 65. Notariell beglaubigte Dankschreiben.

### Magnificat und Gebetbücher

in größter Auswahl.  
Deutsche, fremdsprachliche stenographische Texte.  
**Geschenkwerke**  
zur ersten  
**heiligen Kommunion**  
in jeder Preislage — Auswahlendungen — auch nach auswärts.  
**Herder'sche Buchhandlung, Karlsruhe i. B.**  
Herrenstraße 34. Telefon 1286.

### Badischer Frauenverein.

Am 28. April 1909 beginnt in der Kunststickerlehre ein neuer Kurs zur Ausbildung von Kunststickerinnen, sowie ein neuer Unterrichtskurs für feine weibliche Handarbeiten.  
Anmeldungen dafür sind an die Kunststickerlehre, Rinkenbühlstraße 2, zu richten; mündliche Auskunft wird ebenfalls erteilt, jeweils in den Vormittagsstunden zwischen 9—12 Uhr.  
Karlsruhe, den 16. März 1909.  
Der Vorstand der Abteilung I.

### Schulranzen

für Knaben und Mädchen, nur eigener Fabrikat, in allen Preislagen, sowie sämtliche Reifeartikel und Leberwaren empfiehlt  
**M. Oswald, Sattlerei,**  
Schützenstraße 42, Karlsruhe.

### Ist es möglich

so fragt sich jeder, dass man zu solch' billigen Preisen ein gutes Bild machen kann?  
Unsere Ausnahmestage bezwecken  
1. Während der stillen Zeit unsere Arbeitskräfte voll zu beschäftigen.  
2. Durch jedes Bild, welches in unserem Atelier angefertigt wird, unser Können zu zeigen.  
**Nur gültig bis inkl. Montag, 22. März**  
Für Kommunikanten auch später gültig.  
**Glanz-Bilder** . . . . . Mk. 1.50  
12 Visit . . . . . Mk. 4.20  
12 Cabinet . . . . . Mk. 8.50  
**Matt-Bilder** . . . . . Mk. 4.20  
12 Cabinet . . . . . Mk. 8.50  
Auf Wunsch bei von uns während dieser Zeit angefertigten Matt-Bilder  
**12 Postkarten 30 Pfennige**  
oder **1 Vergrößerung 85 Pfennige**  
Auslassmass 30/36, wunderbar fertiggestellt.

### Photographie Rembrandt

Karl-Friedrichstr. 32, neben Hotel Germania, Telefon 2331  
Geöffnet: Täglich, auch Sonntags, von 9—7 Uhr.

### Geschäfts-Übernahme und Empfehlung.

Der geehrten Einwohnerschaft und meinen werten Bekannten und Freunden zur Mitteilung, daß ich vom 15. d. M. ab das

### Restaurant zum Frankfurter Hof,

Durlacher Allee 24, Ecke Lahnstraße,  
übernommen habe.  
Es wird mein eifriges Bestreben sein, meine werten Gäste mit prima Münchener Küche, ff. selbstgezeugenen Weinen, ff. Münchener und hellem Export-Bier zu bedienen.  
Um geneigten Zuspruch bittet  
hochachtungsvoll  
**Hermann Niek,**  
Frühstücks-Spezialitäten. Restaurateur und Küchenchef.

### Hôtel-Restaurant Café Nowack.

Katholisches Vereinshaus.  
Die Mitglieder der k. Vereine und Leser des „B. B.“ treffen sich Sonntag Nachmittag und Abend mit Vorliebe im **Café Nowack**. Auswärtiger Besuch, der im eigenen Heim nicht gut untergebracht werden kann, findet im **Hotel des Café Nowack** beste Aufnahme.

### Kartoffeln

in **Magnum Bonum** ff. Mäusle (beste Salatkartoffel)  
empfehlen **Kreitmayr & Co., Spezialgeschäft,**  
en-gros — en-detail, Bähringerstraße 90.

### Für die lieben Erstkommunikanten.

Neues Leben. Nebungs- und Gebetbüchlein für Erstkommunikanten. Mit 57 Illustrationen.  
Ein herrliches Büchlein, so recht geeignet, die Vorbereitung auf den schönsten Tag des Lebens zu fördern. Das Büchlein bildet aber zugleich eine vortreffliche Anleitung zu wiederholter Erneuerung des geistlichen Lebens für jedermann.  
Preis in hübschem Leinwandband Mk. 2.20  
**Herder'sche Buchhandlung, Karlsruhe i. B.**  
Herrenstraße 34. Telefon 1286.

### Geschäftseröffnung und Empfehlung.

Zitt. Publikum zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich unterm heutigen  
**Kaiserstraße 3 (Neubau)**  
ein  
**Delikatessen-Geschäft**  
eröffnet habe.  
Durch Führung von Prima-Ware werde ich stets bemüht sein, meine werthe Kundschaft aufs Beste zu bedienen und bitte um geneigtes Wohlwollen.  
Hochachtungsvoll  
**Friedrich Schinger.**

### Zum Moninger

Ecke der Kaiser- und Karlstrasse \* **KARLSRUHE** \* Haltestelle der elektr. Strassenbahn  
**Hauptauschank der Brauereigesellschaft vormals S. Moninger**  
Café, Speisesaal, Spiel- und Billardzimmer im 1. Obergeschoss  
**Grosser schattiger Garten**  
Vorzügliches helles und dunkles Bier  
Anerkannt gute Küche  
Zu zahlreichem Besuche ladet ergebenst ein  
**Jos. Schuh.**

Geschmackvolle, elegante und leicht ausführbare Colletten.  
**WIENER MODE**  
mit der Unterhaltungsbeilage „Im Boudoir“. Jährlich 24 reich illustrierte Beile mit 48 farbigen Modelldarstellungen, über 2600 Abbildungen, 24 Unterhaltungsbeilagen und 24 Schnittmusterbogen.  
Vierteljährlich: K 3.30 — Mk. 2.80.  
Gratisbeilagen:  
„Die praktische Wiener Schneiderin“  
und  
„Wiener Kinder-Mode“  
mit dem Beilagen  
„Für die Kinderstube“  
sowie  
„Schnittmusterbogen“.  
Schnitte nach Maß. Als Begünstigung von besonderem Werte liefert die „Wiener Mode“ ihren Abonnentinnen Schnitte nach Maß für ihren eigenen Bedarf und den ihrer Familienangehörigen in beliebiger Anzahl leihlich gegen Ertrag der Spesen von 25 h = 25 Pf., unter Garantie für tadellofes Pallen. Die Ausrüstung jedes Collettenstückes wird durch jeder Dame leicht gemacht.  
Abonnements nehmen alle Buchhandlungen und Postämtern sowie der Verlag der „Wiener Mode“, Wien 67, Lumpendruckergasse 67, unter Beilagen des Abonnementsbeitrages entgegen.

Die Buchdruckerei der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42, empfiehlt:  
**Eine Viertelstunde vor dem heiligen Sakramente.**  
100 Stück portofrei Mk. 1.20.  
**Gewissensforschung für Erstbeichtende.**  
100 Stück portofrei Mk. 1.20.

**Gute Schuhwaren**  
von der einfachsten bis zur feinsten Ausführung, sowie **Anfertigungen nach Maß** empfiehlt zu billigen Preisen das **Leonberger Schuhgeschäft**  
Inhaber: Chr. Schneider  
40 Adlerstraße 40.  
— Reparaturen gut und billig. —  
Freiziger, toller Mann wird zum Verkäufer von  
**Pfälzer Naturwein**  
an Private gegen gute Provision gesucht. Auch als Nebenbeschäftigung. Angebote unter Nr. 388 befördert die Geschäftsstelle dieses Blattes.

**Divan.**  
Neue hochf. Kamelischendivans mit Koffelhaar v. 45, 50, 60 M. an, eleg. Blüschdivan 65 M. Große Auswahl, nur gute, solide Arbeit unter Garantie. Jede extra **10% Rabatt** bis Ostern. Kein Laden, daher billige Preise. Spezialgeschäft  
**M. Köhler, Schützenstr. 53, II.**  
Kathol. besseres Fräulein in reiferen Jahren, sucht die Bekanntschaft eines eben solchen oder Mitos gleicher Konfession zu machen. Angebote unter Nr. 395 an die Gesch. d. Bl.  
**Piano,** neu, u. ein gebrauchtes, sind sehr billig zu verkaufen oder zu vermieten.  
Zweinstraße Nr. 16, I. Et. 1.